

Das Schicksalsjahr 1940

Gründe für die Verschonung der Schweiz vor einem deutschen Angriff

Von Hans Senn*

Historiker und ehemaliger Generalstabschef der Schweizer Armee (1977 - 1980)

Vorspann

Die Diskussion über Situation und Verhalten der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs dreht sich besonders um die Gründe, aus denen das Land vor einem Angriff verschont blieb. Wie sind militärische, kriegswirtschaftliche, aussenpolitische und allenfalls auch zufällige Faktoren zu beurteilen und zu gewichten? Viele Fragen konzentrieren sich auf das Jahr 1940. Der Autor unternimmt es nun, den Stand des Wissens über Fakten und Bedingungen zusammenzufassen.

Einleitung

Das V. Haager Abkommen von 1907 über die Rechte und Pflichten neutraler Mächte im Falle eines Landkrieges enthielt kein Verbot für die Ausfuhr von Kriegsmaterial durch private Firmen. Falls der neutrale Staat Beschränkungen verfügte, mussten diese auf alle Kriegführenden gleichmässig angewendet werden. Im Übrigen hing der Lieferumfang von den Bestellungen ab. Um die Aufrüstung der Schweizer Armee nicht zu beeinträchtigen, verbot die Verordnung des Bundesrates über die Handhabung der Neutralität vom Frühjahr 1939 die Ausfuhr von Kriegsmaterial in kriegführende Staaten.

Abkommen mit den Westmächten

Nach Ausbruch der Feindseligkeiten verlangten Frankreich und Grossbritannien, dass die im Frieden abgeschlossenen Lieferverträge weiterhin eingehalten würden. Diese Forderung, aber auch wirtschaftliche Überlegungen veranlassten den Bundesrat, das Ausfuhrverbot Anfang September durch eine interne Verfügung aufzuheben. Er legte fest, dass die Bedürfnisse der eigenen Armee Vorrang genossen und fremde Staaten das Rohmaterial für die Ausführung ihrer Aufträge zur Verfügung stellen mussten. Dieser Beschluss wurde erst im Februar 1940 veröffentlicht. Damals machte er die deutsche Gesandtschaft auf die laufenden Kriegsmateriellieferungen an die Westalliierten aufmerksam. Diese erreichten im Frühjahr 1940 die Grössenordnung von 260 Millionen Franken, jene an das Dritte Reich beschränkten sich auf 3 Millionen Franken. Da die schweizerische Rüstungsproduktion im Vergleich zur deutschen verschwindend klein war, hatten sich die zuständigen deutschen Stellen bis zu diesem Zeitpunkt recht wenig um die schweizerischen Kapazitäten zur Herstellung von Waffen und Munition gekümmert. Jetzt, da der Krieg weiterging, mussten alle Beschaffungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden. Im April 1940 unterschrieb der Bundesrat ein Blockadeabkommen mit Frankreich und Grossbritannien. Um die Einfuhr lebenswichtiger Güter aus Übersee sicherzustellen, musste er nicht bloss einem Bewilligungsverfahren zustimmen, sondern auch Exportbeschränkungen für die Ausfuhr strategischer Güter nach Deutschland und Italien in Kauf nehmen. Kriegsmaterial war ausdrücklich ausgenommen, da die Westmächte von den schweizerischen Exporten einseitig profitierten.

Deutsche Studie über die Wehrwirtschaft

Eine kurz vor Beginn des Westfeldzuges abgeschlossene deutsche Studie über die «Wehrwirtschaft der Schweiz» hielt fest, dass der Bezug bestimmter schweizerischer Erzeugnisse einen wertvollen Zuwachs der deutschen Rüstungskapazität bedeuten würde. Von grösserer Wichtigkeit sei jedoch die Sperrung der Kriegsmateriellieferungen der Schweiz an die Westmächte. Ein Kapitel behandelte die Möglichkeiten eines Angriffes auf die schweizerische Wehrwirtschaft. Die Verfasser unterschieden zwei Fälle: die Schweiz in den Krieg verwickelt und die Schweiz ausserhalb des Krieges. Im ersten Fall könnte eine nachhaltige Wirkung durch Bekämpfung der Elektrizitätsversorgung erzielt werden; denn die Schweiz sei wie kein anderes Land von der Sicherstellung der Energieversorgung durch Wasserkraft abhängig. Ausserdem seien die Hauptindustriebezirke dem raschen Zugriff des Angreifers ausgesetzt, da sie im Osten, Norden und Westen nahe der Landesgrenze lägen. Aber auch im zweiten Fall werde die Wehrwirtschaft des Binnenlandes Schweiz durch die Kriegshandlungen in Europa aufs stärkste be-

einflusst. Falls alle Zufuhrmöglichkeiten gesperrt würden, könne sie ihre Selbstversorgung kaum länger als ein halbes Jahr sicherstellen. Daraus ging hervor, dass die Schweiz wirtschaftlich erpressbar war. Erste Wirtschaftsverhandlungen in Berlin Ende Mai begannen die deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen in Berlin. Die deutschen Unterhändler erhoben den unbegründeten Vorwurf, die einseitigen Kriegsmateriallieferungen der Schweiz an die Westmächte seien mit der Neutralität unvereinbar. Es müsse eine paritätische Behandlung beider Seiten stattfinden. Sollte die Schweiz binnen Wochenfrist nicht auf diese Forderung eingehen, würde die Kohleausfuhr gesperrt werden. Deutschland sei nicht gewillt, weiterhin Kohle und Eisen für die schweizerische Rüstungsproduktion zugunsten der Feindmächte zu liefern. Anfang Juni wurden die Verhandlungen unterbrochen, um der schweizerischen Delegation zu ermöglichen, vom Bundesrat neue Instruktionen einzuholen. Da die schweizerische Antwort auf sich warten liess, drosselte Deutschland Mitte Juni die Kohlelieferungen und drohte mit einer Sperre der Zufuhren nach der Schweiz.

Der deutsche Sonderstab für Handelskrieg und wirtschaftliche Kampfmassnahmen gab Anfang Juni den bereinigten Entwurf einer Denkschrift über die «Durchführung wirtschaftlicher Kampfmassnahmen gegen die Kraftquellen der Feindmächte in der Schweiz» in die Vernehmlassung. Die Einsprachefrist lief bis zum 12. Juni. Anschliessend sollte das Dokument dem Führer vorgelegt werden. Ob und wann dies geschah, geht aus den verfügbaren Quellen leider nicht hervor. Die Verfasser der Denkschrift erklärten, dass die Schweiz durch die Unterzeichnung des Blockadeabkommens mit den Westmächten den Boden der wirtschaftlichen Neutralität verlassen habe. Ihre Kriegsmateriallieferungen an die Feindmächte überstiegen die Lieferungen an Deutschland um ein Vielfaches. Diesem Zustand müsse ein Ende bereitet werden. Für die deutsche Rüstung sei es wünschenswert, aus der Schweiz Maschinen, Motoren, kleinkalibrige Geschütze, Munition, Werkzeugmaschinen, Geräte aus Aluminium sowie Präzisionswerkzeuge zu beziehen. Dem Verlangen des schweizerischen Bundesrates, die zur Herstellung dieser Güter notwendigen Rohstoffe zur Verfügung gestellt zu erhalten, könne allerdings nur in beschränkter Masse Folge geleistet werden, da Deutschland selber darauf angewiesen sei, grosse Mengen davon einzuführen. Sein Devisenmangel bilde ein weiteres Hindernis. Von der Schweiz müssten daher langfristige Kredite erwirkt werden.

Wichtiger als der eigene Bezug von Kriegsmaterial sei aber die Unterbindung der Lieferungen an die Feindmächte. Der schweizerische Bundesrat müsse durch politische und wirtschaftliche Kampfmassnahmen zum Einlenken gebracht werden. Das einzig wirksame Druckmittel bestehe in der Unterbindung der Kohlelieferungen. Dabei sei jedoch eine Gefährdung des Kohletransits nach Italien zu vermeiden. Die fortschreitenden Kriegserfolge in Frankreich erlaubten es, den Druck sukzessive zu erhöhen. Mit längerfristigen Abmachungen sei daher zuzuwarten.

Einigung über Exporte und Kredite

Mitte Juni wurden die Verhandlungen in Bern wieder aufgenommen. Die schweizerischen Delegierten kamen Deutschland im Bereich der Kredite und der Rohmaterialien einen Schritt entgegen. Auch unterbreiteten sie eine erste Liste von Kriegsmaterial, das zu liefern die Rüstungsindustrie in der Lage war. Die deutschen Vertreter erklärten, dass sie die mit Belgien, Holland und Norwegen vereinbarten Bezüge übernehmen wollten, und verlangten eine Sperre der schweizerischen Lieferungen nach Grossbritannien. Am 9. August, nach dreimonatigen, zähen Verhandlungen, wurde das deutsch-schweizerische Wirtschaftsabkommen unterzeichnet. Die Schweiz musste einen Clearingkredit von 124 Millionen Franken gewähren, der Errichtung eines Geleitscheinsystems für ihre Exporte zustimmen, die Lieferung von 5600 Tonnen Aluminium zusichern und das Versprechen abgeben, Waffen in Zukunft ausschliesslich an das Dritte Reich zu verkaufen. Deutschland erklärte sich bereit, unter Vorbehalt der Gegenlieferung von elektrischer Energie, die Schweiz in beschränktem Umfang mit Kohle zu versorgen.

Fliegerzwischenfälle

Auf ihren Rückflügen von Bombardierungen in Frankreich benützten deutsche Flugzeuge gezielt den neutralen schweizerischen Luftraum. Einzelne wurden von Jagdfliegern abgeschossen. Um diese zu «bestrafen», verwickelten überlegene deutsche Jägerverbände die schweizerischen Piloten am 4. und 8. Juni über der Ajoie in Luftkämpfe. Die Gesamtbilanz fiel jedoch mit 11 zu 3 Abschüssen zugunsten der Schweizer aus. Dem Duell der Flieger folgte das Duell der Diplomaten. Am 6. Juni protestierte die Reichsregierung gegen die schweizerischen Angriffe auf deutsche Flugzeuge, die sich grösstenteils im französischen Luftraum befunden oder die schweizerische Lufthoheit nur irrtümlich verletzt hätten. Sie verlangte Schadenersatz und eine Entschuldigung durch den Bundesrat. In seiner Antwort erklärte dieser, dass kein schweizerisches Flugzeug den französischen Luftraum berührt habe. Zur Abklärung der Tatbestände schlug er die Bildung einer unabhängigen Untersuchungskommission vor.

Diplomatischer Druck und Entspannung

Um weitere Zwischenfälle zu vermeiden, wurde der Neutralitätsschutz im Luftraum schrittweise abgebaut. Eine von Göring auf Mitte Juni befohlene Straffaktion deutscher Saboteure gegen schweizerische Militärflugplätze scheiterte. Ein Saboteur wurde an der Grenze zurückgewiesen, neun weitere wurden rechtzeitig verhaftet. Darauf verlangte der Feldmarschall als Beauftragter des Vierjahresplanes von der deutschen Handelsdelegation, dass das Abkommen mit der Schweiz erst unterzeichnet werden dürfe, wenn diese die vom Herbst 1939 bis zum Frühjahr 1940 an sie gelieferten 90 Messerschmitt-Flugzeuge zurückerstattet hätte. Die Handelsdelegierten gingen aber auf dieses Ansinnen nicht ein. Göring musste verzichten. Unterdessen hatte Hitler die Affäre in seine eigenen Hände genommen.

In einer zweiten, noch schärferen Note vom 19. Juni hielt die Reichsregierung an der Darstellung fest, wonach die abgeschossenen deutschen Flugzeuge über französischem Gebiet angegriffen worden seien. Sie bezeichnete dies als einen flagranten feindseligen Akt. Bei Wiederholungen werde sie von schriftlichen Protesten absehen und die deutschen Interessen in anderer Weise wahrnehmen. - Am 20. Juni verzichtete General Guisan gänzlich auf den Einsatz von Flugzeugen zum Schutze der Lufthoheit. Die deutsche Luftwaffe vermied nach Möglichkeit weitere Grenzverletzungen. Am 25. Juni hielt Bundespräsident Pilet-Golaz seine als anpasserisch ausgelegte Rede. Um die Lage weiter zu entspannen, erlaubte der Bundesrat am 26. Juni den reisefähigen deutschen Piloten die Rückkehr in die Heimat. Am 1. Juli entschuldigte er sich für allfällige Grenzverletzungen durch schweizerische Piloten, ohne solche einzugestehen. Am 16. Juli liess die Reichsregierung verlauten, die Fliegerzwischenfälle seien beigelegt. Im November verurteilte das Territorialgericht 2 die deutschen Saboteure zu lebenslänglichem Zuchthaus. In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre wurden sie begnadigt.

Militärische Umfassung der Schweiz

Als Anfang Juni klar wurde, dass die Kriegshandlungen sich der schweizerischen Westgrenze nähern würden, zog General Guisan zur Besetzung der Limmatstellung vorgesehene Truppen heraus, um die Verteidigung des Juras zwischen Basel und Genf zu verstärken. Die Armee schützte fortan das Land in einer weit gespannten Rundumstellung vor Neutralitätsverletzungen. Einem Angriff zur Eroberung der Schweiz hätte sie in dieser lockeren Aufstellung nicht lange standhalten können.

Am 15. Juni überquerte die deutsche 7. Armee den Oberrhein beidseits von Colmar, um die Maginotlinie frontal anzugreifen. Etwa gleichzeitig stiess die Panzergruppe Guderian vom Plateau von Langres gegen die Schweizer Grenze vor. Als sie am 16. Juni den Doubs überschritt, erhielt sie einen von Hitler veranlassten Funkspruch: «Noch heute Schweizer Grenze erreichen. Sofortige Meldung aus politischen Gründen wichtig.» Ein Spähtrupp schlug sich während der Nacht zwischen den französischen Posten bis zur Grenze durch, wo er am 17. früh eintraf. Mit diesem Husarenstreich sollte der Bundesrat offensichtlich unter Druck gesetzt werden, um im Streit der Fliegerzwischenfälle oder bei den Wirtschaftsverhandlungen nachzugeben. Die Panzergruppe selbst erreichte am selben Tag Pontarlier. Sie drehte auftragsgemäss gegen Osten ein, um gemeinsam mit der 7. Armee die französischen Festungstruppen im Raum Belfort in die Zange zu nehmen. In der Folge suchten 43 000 französische und polnische Wehrmänner Zuflucht in der Schweiz. Für die Bewachung der Internierten mussten ins Gewicht fallende Truppenteile abgezweigt werden.

Waffenstillstandsverhandlungen

Beim Treffen mit Mussolini am 18. Juni in München gab sich Hitler gegenüber Frankreich versöhnlich. Er lehnte den Antrag Generaloberst Keitels auf Besetzung des ganzen Landes ab und begnügte sich mit der Kontrolle von drei Fünfteln des Territoriums. Er zog die Demarkationslinie vom Pays de Gex bei Genf nach Châlon-sur-Saône-Bourges und von dort parallel zur Atlantikküste an die spanische Grenze. Durch seine Mässigung wollte er verhindern, dass die französische Regierung Flotte und Luftwaffe evakuierte und nach Afrika ins Exil ging, um den Krieg von dort aus weiterzuführen. Auch hoffte er, dass Grossbritannien nach dem Waffenstillstand auf dem Festland sich rasch zu einem Kompromissfrieden bereit finden würde.

Mussolini, der von der falschen Annahme ausging, Hitler beabsichtige, ganz Frankreich zu besetzen, wollte sich einen möglichst grossen Anteil an der Beute sichern. Er verlangte eine italienische Besetzungszone, die sich bis an die Rhone erstreckte. Er begründete diese Forderung mit der Tatsache, dass die Schweiz dadurch von Frankreich völlig abgeschnitten werde, so dass sie in der Alpentransitfrage Entgegenkommen zeigen und ihre Presse an die Kandare nehmen müsse. Hitler erklärte sich mit dem Begehren Mussolinis einverstanden. Da die italienische Offensive in den Westalpen und die deutsche Offensive im Raum Chambéry - Grenoble keine Erfolge zeitigten, musste sich Mussolini mit einer 50 Kilometer tiefen neutralisierten Zone zufrieden geben. Für schweizerische Versorgungstransporte

blieb somit die Eisenbahnlinie Annemasse-La Roche-Annecy-Chambéry offen. Hitler war wütend. Eine Korrektur schien nicht mehr möglich, da der Waffenstillstand mit Frankreich am 25. Juni in Kraft trat. Anfang September zerstörte zwar ein Sprengtrupp der deutschen Abwehr den Eisenbahnviadukt von Lavillat bei Evires. Doch die Bahnstrecke konnte nach anderthalb Monaten wieder benützt werden.

Deutsche Angriffsvorbereitungen

Hitler war gegenüber der Schweiz sehr aufgebracht. Ihn ärgerten die Kritik der Schweizer Presse, der Ausgang der Fliegerzwischenfälle und die misslungene Abschnürung. Am 23. Juni bekundete er gegenüber General Halder die Absicht, die Panzergruppe Guderian an der Schweizer Grenze durch die 12. Armee List abzulösen. Der Generalstab solle deren neue Aufgaben gedanklich durchdringen. General Halder wies die Heeresgruppe C, zu der die 12. Armee gehörte, am 24. Juni in einem Vorbefehl an, sich im Anschluss an die Umgruppierung zur Besetzung Frankreichs auf eine Sonderaufgabe vorzubereiten. Gemeint war die «Operation Schweiz»; denn am gleichen Tag erhielt Generalstabshauptmann von Menges den Auftrag, «die Möglichkeit einer überraschenden Besetzung der Schweiz durch deutsche Truppen aus Frankreich und Deutschland kurz zu untersuchen, und zwar unter der Voraussetzung, dass gleichzeitig italienische Truppen von Süden her angreifen». Der Planungsauftrag General Halders machte deutlich, dass es darum ging, das Gros des schweizerischen Heeres ausserhalb des Alpenraumes rasch zu zerschlagen, durch Besetzung der Hauptstadt politischem Widerstand vorzubeugen, Rüstungsindustrieregiete und Verkehrsnetz unzerstört in die Hand zu bekommen, um darüber frei verfügen zu können.

Ungenützte Gelegenheit

Der Zorn Hitlers verrauchte rasch. Am 28. Juni stuft General Halder die Priorität der «Operation Schweiz» deutlich herab. Der Führer habe bisher lediglich geäussert, dass unter gewissen Voraussetzungen eine Besetzung in Frage komme. Zurzeit sei der Fall nicht akut. Tatsache ist, dass am 6. Juli die 12. Armee List an der Westgrenze aufmarschierte und Angriffsvorbereitungen traf. List veranschlagte die Vorbereitungszeit auf drei Wochen. Wäre er Mitte Juli in die Schweiz eingefallen, hätte er unsere Armee mitten in ihren Umgruppierungen getroffen. Hitler liess jedoch diese einmalige Chance verstreichen, indem er den Angriff auf die lange Bank schob.

Ende Juli stand fest, dass Churchill den Kampf fortsetzen wollte. Da die Politik der Mässigung den britischen Premier nicht zum Einlenken gebracht hatte, wurde die Planung eines Angriffs gegen die Schweiz unter dem Decknamen «Tannenbaum» Anfang August wieder aufgenommen. Mitte Monat begann der Luftkrieg gegen Grossbritannien. Die gut organisierte britische Luftverteidigung bestand die Bewährungsprobe, und die Terrorangriffe auf Städte konnten den Widerstandswillen der Bevölkerung nicht brechen. Wegen der einsetzenden Herbststürme musste das Landeunternehmen «Seelöwe» auf das Frühjahr 1941 hinausgeschoben werden. Die Planungen eines Angriffs gegen die Schweiz zogen sich bis Anfang Oktober hin. Die Operationsabteilung des Heeres erliess eine Weisung, die Operation «Tannenbaum» müsse während der Wintermonate so à jour gehalten werden, dass sie jederzeit innerhalb einer Woche ausgelöst werden könne. Am 11. November gab das Oberkommando des Heeres bekannt, die Operation «Tannenbaum» sei nicht mehr dringlich.

Italienische Angriffsplanungen

Ob mit den italienischen Streitkräften Absprachen getroffen wurden, ist unklar. Fest steht, dass Mussolini, als sich der Zusammenbruch Frankreichs abzuzeichnen begann und er mit einer Besetzung der Schweiz durch Hitlerdeutschland rechnen musste, die mittlere Alpenkette als starke natürliche Grenze anstrebte. Um dieses Ziel zu erreichen und sich an der Aufteilung der Beute beteiligen zu können, trat er am 11. Juni an der Seite Deutschlands in den Krieg ein. Für den Fall, dass Hitler in die Schweiz einmarschieren würde, wollte er ein Pfand für spätere Verhandlungen in die Hand bekommen. Dafür eignete sich am besten der vorspringende Zipfel des Kantons Tessin. Bereits am 7. Juni wurde General Mario Vercellino zum Befehlshaber einer allfälligen Operation «Ticino» ernannt. Ihr Ziel bestand in der Eroberung der Wasserscheide vom Splügen bis zum Griespass. Bereits drei Tage später gab Vercellino sein Angriffskonzept bekannt.

Am 17. Juni suchte der deutsche Gesandte Köcher in Bern anlässlich einer Unterredung mit seinem italienischen Kollegen Tamaro die Haltung Mussolinis zu einer allfälligen Aufteilung der Schweiz abzutasten. Es stellte sich heraus, dass beide Staaten Anspruch auf die Kantone Wallis und Graubünden erhoben. Am Tag darauf trafen sich Hitler und Mussolini in München. Es darf vermutet werden, dass dabei am Rande auch über eine gemeinsame Aktion zur Eroberung der Schweiz und die Modalitäten ihrer Aufteilung gesprochen wurde. In einem Memorandum vom 7. Juli bekräftigte jedenfalls die Operations-

abteilung des italienischen Heeres, dass im Falle einer Aufteilung der Schweiz sämtliche südlich der Wasserscheide liegenden Grenzzipfel Italien zugesprochen werden müssten. Sie habe die betreffenden Angriffsstudien bereits vorgenommen. Erhalten blieb bloss eine Entschlusskizze zur Eroberung des Simplons.

Als im Mai 1941 die deutsch-italienisch-ungarischen Operationen in Jugoslawien und Griechenland zu Ende gingen, befürchtete der italienische Generalstab erneut, dass Hitler einen Teil der frei werdenden Heereseinheiten dazu benützen könnte, die Schweiz doch noch zu liquidieren. Die Operationsabteilung brachte daher ihre Planungsarbeiten à jour. Als Ziel wurde wiederum der Besitz der mittleren Hochalpenkette bezeichnet. Darüber hinaus war man bereit, den ins schweizerische Mittelland eingefallenen deutschen Verbänden die Hand zu reichen.

Der Weg zum Reduit

Der Zusammenbruch Frankreichs überraschte den Bundesrat und das Armeekommando. Der General fragte die vorgesetzte politische Behörde an, ob sein Auftrag unter den neuen Umständen unverändert bleibe. Der Bundesrat bejahte dies, drängte aber gleichzeitig auf erste Truppenentlassungen. Der General entsprach diesem Begehren und entliess am 6. Juli die Landwehr-, Landsturm- und Territorialtruppen. Schon Mitte Juni war vom Generalstab die Forderung an den Oberbefehlshaber herangetragen worden, die Feldarmee ganz oder teilweise in ein Alpenreduit zurückzunehmen. Lagebeurteilung und Entschlussfassung nahmen fast einen Monat in Anspruch. Die Kommandanten der Armeekorps waren geteilter Meinung. Die einen wollten in der ausgebauten, nach Westen ergänzten Limmatstellung ausharren, die andern setzten ganz auf die Reduit-Idee.

Da die Einlagerung von genügend Versorgungsgütern im Zentralraum für die ganze Feldarmee und die 500 000 dort lebenden Zivilpersonen viele Monate beanspruchte, entschied sich der General zu einer Übergangslösung mit drei Treffen: Die auf sich allein gestellten Grenztruppen hatten ihre Stellungen bis zur letzten Patrone zu halten. Eine Hälfte der Feldarmee führte hinter Limmat und Saane sowie im Jura den Kampf um Zeitgewinn. Die andere Hälfte verteidigte einen Zentralraum in den Alpen, der alle Transversalen beherrschte. Der Operationsbefehl Nr. 11 vom 12. Juli leitete die Umgruppierungen ein. Bis zum 19. Juli erreichten die für die Verteidigung des Zentralraums bestimmten Divisionen ihre Unterkunftsräume. Der Operationsbefehl Nr. 12 vom 17. Juli regelte den Einsatz der Armee im neuen Dispositiv, das am 26. Juli in Kraft trat. Am 25. Juli verkündete General Guisan den über 500 auf der Rütliwiese vereinigten Kommandanten der Heereseinheiten und Truppenkörper seine Parole des absoluten Widerstandes in den neuen Kampfräumen. Der Wunsch, das Alpenreduit zur Hauptstellung zu machen und mit der gesamten Feldarmee zu verteidigen, konnte erst im Mai 1941 verwirklicht werden, als die logistischen Vorbereitungen eine Unterstützung des Kampfes während sechs Monaten versprochen.

Der Entschluss, den Zentralraum zu verteidigen, basierte auf folgenden Überlegungen:

1. Unsere Infanteriearmee sollte sich in einem Raum zum Kampf stellen, in dem die mechanisierten Streitkräfte des Gegners ihre Überlegenheit nicht zur Geltung bringen konnten und mit zeitraubenden, kräftezehrenden Gefechts-handlungen rechnen mussten.
2. Die auf Eisenbahntransporte durch die Schweiz angewiesenen Achsenmächte sollten durch die Aussicht auf eine nachhaltige Zerstörung der Alpen-transversalen von einem Angriff abgehalten werden.

Wie schon erwähnt, kam der Zusammenbruch Frankreichs für den Armeestab völlig unerwartet, weil er ihm undenkbar schien. Aber im Krieg kann auch gänzlich Unerwartetes eintreten. Die Überraschung führte zu einem Schock. Die Armeeführung mit ihren schwerfälligen Methoden der Lagebeurteilung beanspruchte viel zu viel Zeit, um die richtigen Schlüsse aus der neuen Lage zu ziehen. Die Umgruppierungen wurden durch die deutsche Spionage zwar festgestellt, aber sie zog daraus falsche Schlüsse. Sie glaubte, dass die schweizerische Armee ein in den Voralpen verankertes Mittellandreduit zwischen Limmat und Aare bezogen habe und es nach wie vor möglich sei, ihr Gros im Mittelland zu vernichten. In Wirklichkeit traf dies nur noch für die Hälfte der Feldarmee zu. Die andere Hälfte hätte im Gebirge bezwungen werden müssen. Vor Gebirgsoperationen schreckten die deutschen Generäle aber zurück. Um den Abhalteeffekt des Reduits ins Spiel zu bringen, hätte die Armeeführung die Geheimhaltung lockern und den Reduitbezug von Anfang an bekannt machen müssen.

Gründe der Demobilmachungen

Am 10. August wurde ein Turnus der Ablösung in drei Gruppen eingeführt. Eine Aufgebotsgruppe umfasste etwa 120 000 Mann. Die Truppenkörper, die das Reduit verteidigten, wurden in den Einsatzräumen entlassen und liessen ihre Korpsausrüstung dort zurück. Ihre Korpsammelpplätze wurden nach und

nach in den Zentralraum verlegt, wo auch das Wiedereintrücken erfolgte. Man rechnete mit einer Remobilisierung innerhalb von 48 Stunden. Falls aus einem militärischen Aufmarsch gegen die Schweiz, der ja Wochen beanspruchte und daher rechtzeitig festgestellt werden konnte, die richtigen Schlüsse gezogen wurden, reichte die zur Verfügung stehende Zeit längst aus, um die gesamte Armee vor Angriffsbeginn wieder kampfbereit zu machen.

Die Entlassung von über 300 000 Mann in den Sommermonaten 1940, als die Kriegsgefahr für das Land am grössten war, mag aus heutiger Sicht überstürzt erscheinen. Der Bundesrat drängte darauf, Demobilisierungs-Massnahmen anzuordnen, bevor die Achsenmächte, welche die Aufgebote als gegen sie gerichtet empfanden, vorstellig wurden. Er vertrat übrigens wie der General die Auffassung, die Beherrscher des europäischen Kontinentes hätten es nicht mehr nötig, die Schweiz zu erobern, da diese politischer und wirtschaftlicher Erpressung auf die Dauer kaum widerstehen könne. Der Nachrichtendienst stellte zwar den Aufmarsch der 12. Armee List an der Westgrenze fest. Er schloss aber aus den schlecht getarnten Angriffsvorbereitungen, es gehe bloss darum, Druck aufzubauen. Auch die innenpolitische Stimmung rief nach Entlassungen.

Warum die Schweiz verschont blieb

Die Quellen geben keine Gründe an, warum Hitler die Schweiz im Sommer und Herbst 1940 verschont hat, obschon er über sie verärgert war und Vorbereitungen zum Angriff gegen sie treffen liess. Die Auslösung des Angriffes wollte er nur unter bestimmten Voraussetzungen anordnen. Was verstand Hitler unter diesen Voraussetzungen?

- Unnachgiebigkeit des Bundesrates gegenüber dem ausgeübten politischen und wirtschaftlichen Druck?
- Misserfolg der geplanten Sabotageaktion gegen die Eisenbahnlinie, die von der Schweiz ins unbesetzte Frankreich führte?
- Eingehen Grossbritanniens auf seine Friedensangebote?
- Befriedigende Vereinbarungen mit dem Bündnispartner Mussolini?
- Günstige Ergebnisse der Angriffsstudien?

Wir Historiker wissen es nicht; aber wir stellen Vermutungen darüber an, ob in erster Linie strategische, aussenpolitische, wirtschaftliche oder militärische Argumente den Ausschlag gegeben haben könnten.

1. Strategische Motive:

Nach den glänzenden Erfolgen der Westoffensive ging es Hitler darum, Frankreich und England voneinander zu trennen und mit beiden Staaten einen grosszügigen Kompromissfrieden zu schliessen. Damit wollte er den Rücken für den entscheidenden Waffengang mit der Sowjetunion frei bekommen. Um dieses Ziel zu erreichen, schien Mässigung geraten. Davon dürfte die Schweiz zunächst profitiert haben. Als feststand, dass Churchill entschlossen war, den Kampf weiterzuführen, sollten er und sein Volk durch Terror aus der Luft zum Nachgeben gebracht werden. Doch Grossbritannien bestand die Probe, und ein Landunternehmen ohne Luftüberlegenheit bei unsicherer Herbstwitterung erwies sich als zu riskant. Hitler blieb nur die Hoffnung, Churchill werde einlenken, wenn Deutschland nach der Niederwerfung der Sowjetunion den Kontinent vom Atlantik bis zum Ural beherrsche. Neben diesen schicksalhaften Entwicklungen spielte die Schweiz eine verschwindend kleine Rolle. Ihr Schicksal konnte nach dem Endsieg entschieden werden.

2. Aussenpolitische Motive:

Ins Gewicht fielen die unterschiedlichen Auffassungen der Achsenpartner bezüglich einer Aufteilung der Schweiz. Mussolini forderte als neue Landesgrenze die mittlere Hochalpenkette. Hitler erhob Anspruch auf das Wallis und grosse Teile Graubündens. Von den italienischen Streitkräften erwartete die deutsche Generalität die Eroberung des Alpenraumes. Falls ihnen dies gelang, war kaum zu erwarten, dass sie die von Deutschland beanspruchten Gebietsteile wieder räumen würden. Nach dem erfolglosen italienischen Feldzug in den französischen Alpen musste indessen eher mit einer weiteren Niederlage gerechnet werden. Sollte diese Befürchtung eintreten, bestand die Gefahr einer Verwicklung der deutschen Wehrmacht in verlustreiche Gebirgskämpfe. In Anbetracht dieser Gegebenheiten riet das Auswärtige Amt von einer «Operation Schweiz» ab.

3. Rüstungswirtschaftliche Motive:

Im Verlaufe des Frühjahrs 1940 erkannte die deutsche Führung die wehrwirtschaftliche Bedeutung der Schweiz. Es ging ihr zunächst darum, die schweizerischen Waffenexporte an die Feindmächte zu unterbinden. Als dann meldete sie ihre eigenen Wünsche für den Bezug von Kriegsmaterial und die Gewährung von Krediten an. Die Lieferungen erreichten aber erst 1941 ein grösseres Ausmass. Die wehrwirtschaftlichen Experten diskutierten zwei Möglichkeiten, die Schweiz gefügig zu machen: Stopp der Kohlelieferungen und der übrigen Zufuhren oder militärische Eroberung. Die wirtschaftliche Erpressung konnte Konzessionen beschränkter Natur erwirken. Sofern ein Feldzug gegen die Schweiz derart rasch erfolgte, dass die Schäden am Verkehrsnetz und an den Produktionswerkstätten minim gehalten wurden, winkten die vollständige Beherrschung der schweizerischen Wirtschaft, die Verfügung über alle Arbeitskräfte sowie die Devisen- und Goldvorräte der Nationalbank. Die Schweiz konnte wie andere besetzte Staaten ausgeplündert werden. Auf Grund des lang gezogenen Verteidigungskordons der Schweizer Armee rechneten die militärischen Planer mit raschen Durchbrüchen und der schnellen Besetzung aller strategisch wichtigen Punkte. Die Rede von Bundespräsident Pilet-Golaz interpretierten sie als Zeichen, dass der Bundesrat vor einem militärischen Angriff kapitulieren würde. Den Rütli-Report von General Guisan erkannten sie als Wende. Das moralische Tief des Schweizervolkes war offensichtlich überwunden und hatte einem neu entfachten Widerstandsgeist Platz gemacht.

4. Militärische Gründe:

Spielte unter den geschilderten Umständen die schweizerische Armee, wie Markus Heiniger meint, bloss die Rolle eines Statisten, der bei der Abwägung von Wirkung und Aufwand kaum in Betracht gezogen wurde? Dem dürfte nicht so sein. Die deutschen Planer anerkannten den Kampfwillen der schweizerischen Wehrmänner und rechneten mit einer verbissenen Abwehr in den ausgebauten Stellungen und in gebirgigen Geländeteilen. Im Durchschnitt hielten sie 15 Divisionen für erforderlich, um das Gros der Armee im Mittelland zu bezwingen. Ebenso viele Heeresseinheiten wollte der italienische Generalstab von Süden her ansetzen. Im Vergleich zu den 6 Divisionen, die zur Eroberung Norwegens genügt hatten, fielen 30 Divisionen als Aufwand für den Angriff auf die Schweiz schwer ins Gewicht. Nach den Mitte Juli erfolgten Umgruppierungen der schweizerischen Armee war der günstige Zeitpunkt für ihre rasche Vernichtung verpasst. Auch wenn die Deutschen nicht wussten, dass die Hälfte der Feldarmee nun das Alpenreduit verteidigte, musste ihnen die angenommene Verankerung der neuen Armeestellung in den Voralpen zu denken geben. Zähe und verlustreiche Gebirgskämpfe konnten nicht mehr ausgeschlossen werden. Das Risiko einer längeren Bindung von Heeresseinheiten und die nachhaltige Zerstörung der Alpentransversalen mussten in die Kalkulationen einfließen.

Schlussfolgerungen

Diese Überlegungen lassen darauf schliessen, dass eine Vielzahl von Gründen zur Verschonung der Schweiz geführt hat. Die strategischen und aussenpolitischen Elemente dürften wohl den Ausschlag gegeben haben. Bis in den November hinein blieb offen, ob das Wirtschaftspotenzial der Schweiz durch Eroberung oder durch Erpressung dienstbar gemacht werden sollte. Ausgerechnet im Zeitpunkt, da das Wirtschaftsabkommen unter Dach und Fach war, wurde die militärische Planung wieder aufgenommen. Der Entscheid zum Angriff hing von den Gemütszuständen Hitlers ab. Er wurde immer wieder hinausgeschoben und verlor dabei an Dringlichkeit. Die Schweiz wurde zum Wartegau. Erst in spätern Jahren setzte sich bei der deutschen Führung die Ansicht durch, eine unabhängige, von alliierten Luftangriffen verschonte Schweiz sei nützlicher als ein besetztes, Zerstörungen ausgesetztes Land. Bestimmt hat bei der Verschonung der Schweiz auch der zu erwartende militärische Widerstand eine Rolle gespielt, betrachteten doch die deutschen Generäle eine Eroberung des Landes keineswegs als Spaziergang. Sie konnten die Gefahr nicht ausschliessen, dass ein Teil ihrer Heeresseinheiten im Gebirgs Gelände dieses Nebenkriegsschauplatzes längere Zeit gebunden würde. Also suchten sie den Führer von einem Angriff abzuhalten. Wäre die Schweiz damals nicht von einer verteidigungsbereiten Armee geschützt worden, hätte Hitler der Versuchung zum Einmarsch wohl kaum widerstanden, umso weniger, als die Generalität in diesem Fall keine Gegenargumente hätte vorbringen können.

Dokumentation

Benützte Quellen

- Studie Wehrwirtschaft der Schweiz. Mai 1940. Militärarchiv Potsdam, WF-01/19864.

- OKW, Sonderstab für Handelskrieg und wirtschaftliche Kampfmassnahmen. Denkschrift über die Durchführung wirtschaftlicher Kampfmassnahmen gegen die Kraftquellen der Feindmächte in der Schweiz vom 4. Juni 1940. Militärarchiv Potsdam WF-01/1986.

Benützte Literatur

- Markus Heiniger: Dreizehn Gründe, warum die Schweiz im Zweiten Weltkrieg nicht erobert wurde. Zürich 1989.
- Hans Ulrich Jost: Politik und Wirtschaft im Krieg. Die Schweiz 1938-1948. Zürich 1998.
- Hans Senn: Der Schweizerische Generalstab. Bd. VII. Anfänge einer Dissuasionsstrategie während des Zweiten Weltkrieges. Basel 1995.
- Jakob Tanner: «Réduit national» und Aussenwirtschaft: Wechselwirkung zwischen militärischer Dissuasion und ökonomischer Kooperation mit den Achsenmächten. Sammelband Raubgold, Réduit, Flüchtlinge. Zürich 1998.
- Klaus Urner: Die Schweiz muss noch geschluckt werden. Hitlers Aktionspläne gegen die Schweiz. Zürich 1990.
- Robert U. Vogler: Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941. Basel 1997.

über den Autor

* Der Autor, Historiker, Korpskdt aD war von 1977 bis 1980 Generalstabschef der schweizer Armee und ist Mitverfasser der Geschichte des schweizerischen Generalstabes.

demnächst erscheint:

Eine ausführlichere Fassung dieses Beitrags erscheint im Herbst im Rothenhäusler-Verlag, Stäfa.

Publikation, Urheberrecht

© Neue Zürcher Zeitung, in Ausgabe vom 12. September 2000, NZZ Nr 212 /2000, Seite 77/78

Überarbeitung Layout/Formatierung: R. Küntzel, 7417 Paspels